

blickpunkt 
 bundestag

SPEZIAL

www.bundestag.de



Bundestag und Bundeswehr



Inhalt

- 1** Einleitung
**Was bedeutet
Parlamentsarmee?**

- 6** Der Wehrbeauftragte
**Überraschungsbesuche
bei der Truppe**

**Drei Fragen:
Reinhold Robbe**

- 10** Innere Führung
**Gemeinsame
Grundüberzeugungen**

- 12** Auslandseinsätze
**Marschbefehl erst
nach Abstimmung**

**Drei Fragen:
Ruprecht Polenz**

**Karte: Auslandseinsätze
der Bundeswehr**

- 16** Verteidigungsausschuss
**Bei der Bundeswehr
im Kosovo**

- 24** Debatte
Quo vadis, Bundeswehr?

- 28** Daten und Fakten
Die Bundeswehr

- 29** Infotipps

Bundestag und Bundeswehr

Was bedeutet Parlaments





armee?

Bundestag und Bundeswehr – beide haben seit der Wiedervereinigung Deutsche aus Ost und West wie selbstverständlich in ihre Reihen aufgenommen und Deutschland als Ganzes repräsentiert. Aber nicht nur das Zusammenwachsen der Nation verbindet sie. Vieles ist einzigartig in den deutschen Streitkräften. Zivilisten haben letztlich das Sagen: Mit diesem Primat der Politik ist Deutschland nach den leidvollen Erfahrungen im Nationalsozialismus ganz gut gefahren. Die Schlüsselrolle bei der Kontrolle und der Entscheidung über den Einsatz der Armee weist das Grundgesetz dem Bundestag zu – und begründet damit das Selbstverständnis der Truppe als „Parlamentsarmee“.

Rund neun Millionen Deutschen kann niemand etwas vormachen, wenn es um die Bundeswehr geht. Denn sie haben die Truppe von innen kennengelernt. Als Wehrpflichtige, als Zeit- oder Berufssoldaten. Einer von ihnen: Winfried Nachtwei, heute Sicherheitspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Er weiß sich noch gut an seine Gefühle im Bahnhof von Mönchengladbach zu erinnern, „als die Zeit der Freiheit nach dem Abi endete und die Brüllerei begann“. Mitte der 60er sei es beim Bund noch „krass anders“ gewesen. Oder auch wieder nicht. Denn sein „Gegenerlebnis“ hatte er nach der Entlassung aus der Truppe, als er an der Münsteraner Ordinarienuiversität zu studieren begann. „Beim Bund gab es die Wehrdisziplinarordnung, die Wehrbeschwerdeordnung. Jeder Soldat hatte seine Rechte. Damit war es für den normalen Studenten an der Universität vorbei.“

Kaum einer, der nicht irgendwann persönliche Erfahrungen mit der Bundeswehr macht. Ulrike Merten, heute Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, zog es als kleines Kind zu einer Bundeswehrausstellung, und sie staunte nicht schlecht, die noch junge Truppe mit ihrem mitten in Bielefeld aufgebauten Reservelazarett so ausgerüstet vorzufinden wie das örtliche Krankenhaus. Die interessanteste Be-

obachtung machte sie jedoch bei der Betrachtung ihrer Eltern. Nach schlimmen Erfahrungen im Weltkrieg waren sie zunächst auf absolutem Ablehnungskurs jeglicher „Wiederbewaffnung“ in Deutschland, versuchten ihrer Tochter ebenfalls eine kritische Einstellung zu vermitteln. „Das hat mir nicht geschadet“, erinnert sie sich. Aber Schritt für Schritt hätten auch ihre Eltern erkannt, dass all das, was in der Wehrmacht schiefgelaufen war, in der Bundeswehr ganz anders angefasst wurde. Der selbstbewusste Soldat mit „Innerer Führung“ statt blindem Gehorsam zum „Führerbefehl“.

Staatsbürger in Uniform

Paul Schäfer, Obmann der Fraktion Die Linke im Verteidigungsausschuss, hat, wiewohl vielfach ganz anderer Meinung, stets ein „entspanntes Verhältnis“ zu Bundeswehrsoldaten gehabt. Sei es während des Studiums in Marburg, als er mit Soldaten im selben Fußballverein kickte, sei es in den aufwühlenden Nachrüstungsdebatten, als er mit „kritischer Distanz“ mit Soldaten auf einem Podium stand und dabei die Argumente der Friedensbewegung vertrat. Dagegen gehörte für Bernd Siebert, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, die Bundeswehr in seiner nordhessischen Heimat „zum Straßenbild“. Damals habe es in der Nähe zur innerdeutschen

Einsatz für Frieden und Stabilität: Bundeswehrkonvoi in Afghanistan



Foto: Picture-Alliance/Syed Jan Sabawoon

Grenze deutlich mehr Standorte und Großmanöver gegeben. Schon damals empfand er die Truppe „als Garant für Stabilität und Sicherheit“.

Birgit Homburger, Obfrau der FDP, bekam durch die Patenschaft ihrer Heimatgemeinde Hilzingen mit einer Kompanie aus Immendingen die ersten Kontakte zur Bundeswehr. Die Patenkompanie machte Bivaks in

CHRONIK



Foto: PA/Brock

1955 Reformtradition Die ersten 101 Soldaten erhalten ihre Ernennungsurkunden – am 200. Geburtstag von Gerhard von Scharnhorst. Die Bundeswehr soll an die Tradition des preussischen Heeresreformers anknüpfen.

1956 Wehrverfassung Grundgesetzergänzung zur Einbindung der Armee in die Demokratie: u. a. Kommandogewalt des Verteidigungsministers, Wehrpflicht, Rechte des Verteidigungsausschusses, Amt eines Wehrbeauftragten.



Foto: PA/Jens Kalaene

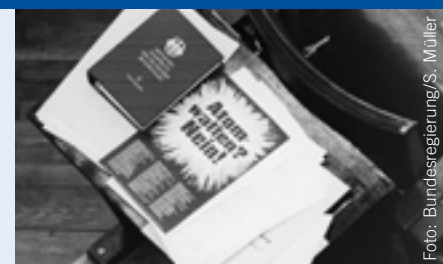


Foto: Bundesregierung/S. Müller

1958 Atomwaffen Heftige Debatten im Bundestag und Massenproteste gegen Pläne der Regierung zur Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Als die Ablehnung der Alliierten absehbar ist, werden die Pläne beerdigt.



deutschen Streitkräfte vor Augen hält. Die künftigen Soldaten werden als Staatsbürger in Uniform in die Truppe aufgenommen und angehalten, ihre individuellen Rechte auch wahrzunehmen. Sie lernen zum Beispiel, keine Befehle zu befolgen, die gegen die Menschenwürde und andere Vorgaben der Verfassung verstoßen. Sie setzen sich also intensiver mit dem rechtlichen Rahmen der Republik auseinander, als viele es zuvor in der Schule gelernt haben. Und sie wissen, dass von den Entscheidungen der Politik ihr eigenes Schicksal so fundamental betroffen sein kann wie bei kaum einem anderen Bürger: Wehrpflichtige geloben, Zeit- und Berufssoldaten schwören, der „Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Sie dienen nicht einem Minister oder einer Kanzlerin, sie dienen dieser Republik, also der parlamentarischen Demokratie. Der Gedanke an deutsche Soldaten hatte bei der Gründung der Bundesrepublik 1949 keine Rolle gespielt. Das Grundgesetz sah keine Streitkräfte vor. Doch die Einbindung in den Westen, die Zuspitzung des Kalten Krieges und der Eindruck des Koreakrieges ließ den Bundestag nach aufwühlenden Debatten 1952 doch einen Beitrag zur Lastenteilung im Westen beschließen. 1954 wurden die verfassungsrechtlichen Grundlagen geschaf-

der Gemeinde, setzte Kinderspielplätze instand und war nach dem Eindruck von Homburger „einfach sehr bürgerlich“. Bei SPD-Obmann Rainer Arnold liegen die ersten tiefer gehenden Eindrücke von der Bundeswehr gerade zehn Jahre zurück – als er in den Verteidigungsausschuss kam. Seine Wahrnehmung: „Urteile der Gesellschaft gegenüber Soldaten müs-

sen korrigiert werden.“ Er wolle die Truppe nicht glorifizieren, da gebe es wie überall in der Gesellschaft bessere und weniger gute. Doch eines sei bemerkenswert: „Ich treffe bei den Soldaten mehr politisch reflektierende Menschen als ansonsten im Durchschnitt der Bevölkerung.“

Letztlich überrascht das nicht, wenn man sich die Konstruktion der

1990 Deutsche Einheit Schon vor dem Einheitstag beginnt das Bundeswehrkommando Ost 1990 seine Arbeit, 1991 gehen alle Ost-Verbände in die Teilstreitkräfte über, 1992 werden die ersten ehemaligen NVA-Soldaten Berufssoldaten.



Foto: PA/Wolfgang Kumm



Foto: PA/Uli Deck

1994 Verfassungsgericht Karlsruhe erklärt Auslandseinsätze nach Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes für zulässig und begründet gleichzeitig den Parlamentsvorbehalt, der 2008 in einem weiteren Urteil konkretisiert wurde.

1999 Kosovo-Einsatz Erste Beteiligung der Bundeswehr an Kriegshandlungen mit Einsätzen der Luftwaffe. Die humanitäre Intervention der Nato zielte auf die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkriegsgebiet.



Foto: PA/Daniel da Zenmaro

Foto: DBT/Werner Schüring



Rechenschaft vor dem Parlament: Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung, spricht im Plenum

fen, die ersten Ernennungsurkunden 1955 überreicht.

Doch das Parlament ist von Anfang an nicht beschränkt darauf, per Verfassung der Regierung Spielraum für die Einberufung junger

deswehr im Wesentlichen ins Leben gerufen worden war. Wer unter welchen Umständen den Spannungs- und Verteidigungsfall festzustellen hatte und wie von Anfang an der Bundestag auch ins Spiel kommt, das ist verfas-

können sie den zivilen Stellen mit Fähigkeiten zur Seite stehen, über die nur die Militärs verfügen.

Erst nach der Wiedervereinigung wuchs Deutschland in die Rolle eines starken demokratischen Landes hinein, von dem eine Beteiligung an der Lösung internationaler Krisen erwartet wurde. In immer mehr Auslandseinsätzen ist von Seiten der Vereinten Nationen, der NATO oder der Europäischen Union auch eine Beteiligung der Bundeswehr gefragt.

Die Soldaten dienen dieser Republik, also der parlamentarischen Demokratie.

Männer zum Waffendienst gegeben zu haben. Es gibt eine fünffache Klammer, die seit nunmehr über fünf Jahrzehnten immer wieder zu spüren ist und nach dem Eindruck sowohl der Truppe als auch der Politik im Großen und Ganzen gut funktioniert.

Da ist erstens die **Festlegung durch den Bundestag**, wann, wie und zu welchem Zweck die Truppe eingesetzt werden darf. Lange Zeit gehörte der Spannungs- und Verteidigungsfall zu den Szenarien, zu denen die Bun-

sungsrechtlich, gesetzlich und in den Einsatzplanungen detailliert geregelt und wurde immer wieder durchgespielt. Bald nach Gründung der Bundeswehr wurde im Zusammenhang mit der Hamburger Flutkatastrophe 1962 klar, dass die Soldaten nicht nur durch Abschreckung potenzielle Angreifer von einem Krieg abhalten sollten, sondern dass sie ganz praktisch auch im Innern wirken können, wenn die Kräfte von Polizei und Hilfswerken erschöpft sind. Im Zuge der Amtshilfe

Kontrolle und Beteiligung

Schon 1994 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass solche Einsätze zwar möglich sind, aber jeweils vom Bundestag mandatiert, also unter Beschreibung der genauen Einsatzbedingungen und Einsatzstärken für einen gewissen Zeitraum genehmigt werden müssen. „Konstitutiv“ sei dies, und das heißt: Ohne Beteiligung des Bundestages läuft nichts. Nach einem Jahrzehnt Erfahrungen mit Auslandseinsätzen legte das Parlament die genauen Abläufe in verschiedenen Ab-

stufungen für die Intensität der Bundestagsbefassung 2005 im „Parlamentsbeteiligungsgesetz“ fest. Am 7. Mai 2008 stärkte das Bundesverfassungsgericht diese parlamentarischen Rechte abermals, indem es auch scheinbare „Routineaufgaben“ im Zusammenhang mit Bündnisverpflichtungen immer dann unter Zustimmungsvorbehalt stellte, wenn eine bewaffnete Auseinandersetzung „konkret“ zu erwarten sei.

Zweitens hat der Gesetzgeber den Verteidigungsausschuss sogar in der Verfassung verankert und ihm das Sonderrecht zugeteilt, von sich aus auch die Aufgaben eines Untersuchungs-

ausschusses wahrzunehmen, um Vorfälle und Entwicklungen in der Truppe wirksam aufklären zu können.

Drittens gibt es im Bundestag einen eigenen Wehrbeauftragten mit einem arbeitsfähigen Amt, dessen Aufgabe es ist, das Innere der Truppe ständig zu beleuchten.

Viertens ist der Inhaber der **Befehls- und Kommandogewalt** im Verteidigungsfall die Bundeskanzlerin und in Friedenszeiten der Verteidigungsminister – die ebenfalls beide dem Bundestag verantwortlich sind. Der Regierungschef wird vom Bundestag gewählt, der Minister vor dem Bundestag vereidigt. Jederzeit kann er zu

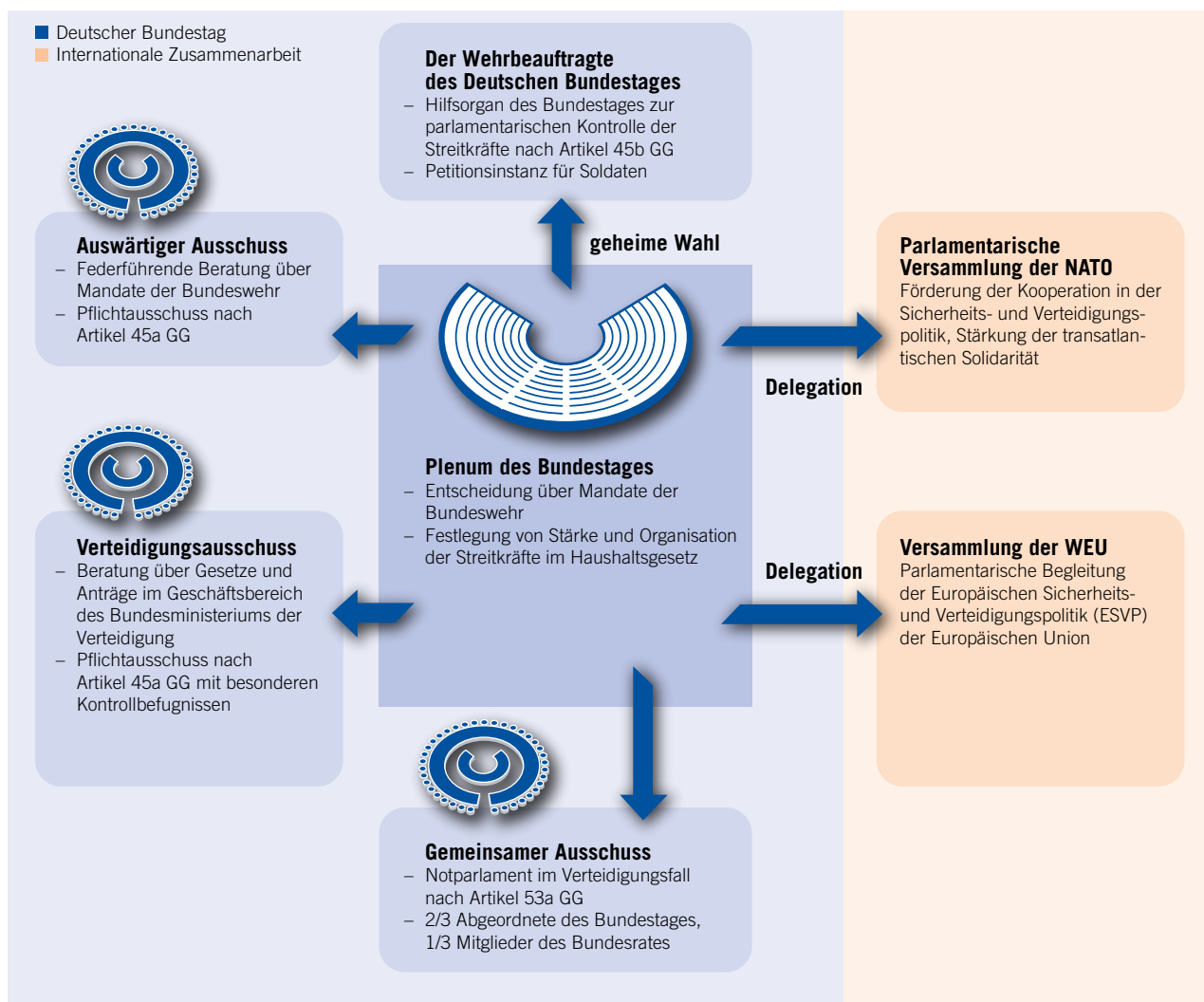
Plenar- oder Ausschusssitzungen herbeizitiert werden. In die Führung des Ministeriums eingebunden sind Abgeordnete als Parlamentarische Staatssekretäre.

Nicht zu unterschätzen ist – fünftens – auch das Budgetrecht des Parlaments. Damit gibt es vor, welchen Umfang und welche Fähigkeiten die Streitkräfte im Allgemeinen haben und welche Anschaffungen im Einzelnen getätigt werden können. Eine Fülle von Vorhaben darf erst dann verwirklicht werden, wenn der Verteidigungsausschuss sowie der federführende Haushaltsausschuss zugestimmt haben.

Gregor Mayntz ■

Gremien, Organe und Organisationen

zur Kontrolle der Bundeswehr durch den Bundestag sowie zur internationalen parlamentarischen Zusammenarbeit in verteidigungs- und bündnispolitischen Fragen



Der Wehrbeauftragte – ein besonderes Kontrollorgan

Überraschungsbesuche bei der Truppe

Im Grunde ist der Wehrbeauftragte ein Phänomen. Wer diese Bezeichnung in den Mund nimmt, hat vieles im Kopf, aber kaum das Bild eines „Beauftragten“ für ... – ja, für was eigentlich? Die Patientenbeauftragte kümmert sich um die Anliegen von Patienten, die Drogenbeauftragte um Probleme des Drogenmissbrauchs. Aber was macht der „Wehr“-Beauftragte?

Sein Metier sind eben „Wehr-Belange“, könnte man sagen. Das ist allerdings zunächst mal eine ziemlich spröde Vorstellung. Obendrein lässt er sich nicht in die Aufzählung anderer Beauftragter der Regierung einreihen. Denn er wird vom Bundestag „beauftragt“. Trotzdem hat der Wehrbeauftragte in der Bevölker-

ung, im Bundestag und vor allem in der Bundeswehr ein hervorragendes Ansehen. Das beweist, wie wichtig sein Job ist und wie überzeugend er von den jeweiligen Amtsinhabern offensichtlich wahrgenommen wurde und wird.

Wie so häufig in der Politik spielten bei der Entstehung des Wehrbeauftragtenamtes persönliche Erfahrungen eine Rolle. Als der Bundestag Mitte der 50er-Jahre daran ging, zunächst nicht vorgesehene deutsche Streitkräfte doch noch ins Leben zu rufen, suchte das Parlament nach zusätzlichen Kontrollmöglichkeiten. Der SPD-Abgeordnete Ernst Paul war während der NS-Zeit nach Schweden emigriert und hatte dort die Institution des „Militie-Ombudsmannes“ kennengelernt. Diese wurde zum Vorbild für eine ähnliche Einrichtung in Deutschland, die aber sofort ihre eigene Ausprägung entwickelte.

Jeder Amtsinhaber setzt eigene Akzente. Die nötige Freiheit bezieht er aus seiner besonderen Stellung. Er ist weder Mitglied des Bundestages noch ein weisungsgebundener Beamter. Er wird geheim und ohne Aussprache vom Bundestag gewählt, und zwar für fünf Jahre. Er ist also nicht an die Wahlperiode des Bundestages gebunden. Zudem kann er wiedergewählt werden. Optisch kommt seine besondere Stellung schon durch die Sitzordnung im Parlament zur Geltung. Ein einzelner Platz, nicht bei den Abgeordneten, nicht bei der Regierung, sondern seitlich neben dem Bundestagspräsidenten und den Schriftführern ist für ihn reserviert. Das unterstreicht, dass Plenum und Verteidigungsausschuss ihn jederzeit mit speziellen Untersuchungen betrauen oder zu Sitzungen herbeirufen können, wenn es um Vorgänge in der Truppe geht.

Der Wehrbeauftragte

Jeder Soldat der Bundeswehr hat das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden.

wehrbeauftragter@bundestag.de



www.wehrbeauftragter.de



Bei Reinhold Robbe, dem derzeitigen Amtsinhaber, ist ein Herbeizitieren schwer möglich: Er ist meistens schon da. Die Sitzungen des Verteidigungsausschusses zählen zu seinen Pflichtterminen. Er will stets auf dem Laufenden sein. Ein genauso intensives Augenmerk richtet er auf die Truppe. In sitzungsfreien Zeiten ist in seinem Kalender ein Tag in der Woche dafür reserviert, kurzfristig Besuche bei der Bundeswehr zu unternehmen. Wenn es nicht Einladungen von Kanzlerin, Ministerpräsidenten oder Abgeordneten sind, die ihn bei eigenen Kontakten mit dem Militär gern an ihrer Seite haben, dann geschehen diese Truppenbesuche unangemeldet.

Dieses Privileg garantiert dem Wehrbeauftragten ein authentisches Bild von der Bundeswehr. Und ganz nebenbei erspart es der Truppe eine Menge Arbeit, die sich ansonsten, wie das bei Militärs so üblich ist, minutiös

und mit erheblichem Aufwand auf die Inaugenscheinnahme vorbereiten würde. So aber meldet sich Robbe einfach am Schlagbaum, lässt sich zum Kommandeur führen und präsentiert ihm beispielsweise eine Liste mit den Bundeswehrangehörigen, die er sprechen, und den Gebäuden, die er sehen möchte.

Bearbeitung der Eingaben

Anregungen für die Adressen derartiger Besuche holt er sich unter anderem aus der Vielzahl von Eingaben, die ihn erreichen. Im Schnitt mehrere Dutzend pro Werktag. In einer ersten Postlage sichtet Robbe alle Eingaben, die an ihn persönlich gerichtet sind. In einer zweiten Postlage lässt er sich von seinen Mitarbeitern alle Zuschriften vorlegen, die über die Beschwerden des Truppenalltags hinausgehen und von brisanten Vorgängen handeln,

Zur Person:

Reinhold Robbe, Jahrgang 1954, wurde am 14. April 2005 zum Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewählt. Der gelernte Verlagskaufmann war von 1994 bis Mai 2005 Mitglied der SPD-Fraktion des Bundestages, seit 2002 war er Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

die möglicherweise sogar strafrechtliche Aspekte aufweisen. Zudem bespricht er mit den Fachleuten aus seiner Dienststelle, wie mit den einzelnen Eingaben verfahren werden soll und wie weit die Bearbeitung bei anderen gediehen ist.

In der Regel werden höhere Dienstvorgesetzte um eine Stellungnahme gebeten. Wichtig dabei: Gesetzlich geregelt ist, dass keinem Soldaten daraus ein Nachteil entstehen darf, dass er sich wegen irgendwelcher Anliegen oder Vorkommnisse an den Wehrbeauftragten wendet. Aus naheliegenden Gründen tut jeder Vorge-

setzte gut daran, sich genau daran zu halten. Denn wenn dem Wehrbeauftragten die Auskünfte nicht ausreichen oder er von dem Betroffenen erneut angeschrieben wird, kann er die militärische Stufenleiter immer weiter nach oben gehen, bis hin zur militärischen Führung, den zuständigen Staatssekretären oder gar dem Minister persönlich.

Und ganz nebenbei kann er jederzeit auch dem Verteidigungsausschuss entsprechende Hinweise geben oder auch in seinem alljährlichen Bericht an den Bundestag bestimmte Fälle aufgreifen und damit den öffentlichen Druck verstärken. Nicht zuletzt aufgrund seiner wiederholten eindringlichen Schilderungen über unerträgliche bauliche Zustände in Kasernen im Westen der Republik legte die Bundeswehr ein Sonderprogramm für Sanierungen im Umfang von 600 Millionen Euro auf. Ein Beispiel für greifbare Wirkungen des Wehrbeauftragten.

Vorbeugende Bedeutung

Nicht zu unterschätzen ist auch seine vorbeugende Bedeutung. Die Tatsache, dass sich jeder Soldat jederzeit ohne Einhaltung des Dienstweges beim Wehrbeauftragten beschweren kann, dürfte das Klima im Militär nachhaltig beeinflussen. Und dann sind da immer wieder auch die unangemeldeten Besuche, die nach Robbes Erfahrungen stets zwischen 10 und 15 Punkte ergeben, die anschließend „nachgearbeitet“ werden müssen. Be-



Foto: DBT/Anke Jacob

reits zum Abschluss jedes Besuches erfährt der Kommandeur, was dem Wehrbeauftragten aufgefallen ist. Das darf dann immer wieder auch Lob sein. Doch perfekt sind die Verhältnisse selten. Die Vorgesetzten haben viel Bürokratie um die Ohren. Da muss man schon mal genauer darauf achten, dass das Prinzip des Staatsbürgers in Uniform nicht unter die Räder kommt.

Ein Umstand ist für die Arbeit des Wehrbeauftragten in den letzten Jahren immer wichtiger geworden: der Umbau der Bundeswehr von der Verteidigungstruppe zur Einsatzarmee des wiedervereinigten Deutschlands. So hat sich Robbe zum Vorsatz gemacht, sofort nach Bekanntwerden neuer Planungen für Auslandseinsätze die davon betroffenen Truppenteile aufzusuchen und die Vorbereitungen unter die Lupe zu nehmen. Zudem

schaut er sich pro Jahr mindestens einmal in jedem Einsatzland um und prüft, ob Ausbildung und Ausrüstung den Erwartungen des Bundestages entsprechen und welche Mängel die Soldaten fern der Heimat beklagen.

Anwalt der Soldaten

Das ist jedes Mal eine große Palette von Aspekten, die der Wehrbeauftragte im Einzelnen unter die Lupe nimmt. Wird wirklich alles Menschenmögliche getan, um die Soldaten innerhalb und außerhalb des Lagers optimal zu schützen? Verfügen sie über eine ausreichende Anzahl gepanzerter Fahrzeuge? Und was immer wieder Anlass zum „Nachsteuern“ ist: Sind sie auch an diesen Spezialfahrzeugen gut geschult? Es kommt nämlich vor, dass nicht genü-

WEHRBEAUFTRAGTE SEIT 1959:

- 1959–1961: Helmuth von Grolman
- 1961–1964: Hellmuth Guido Heye
- 1964–1970: Matthias Hoogen
- 1970–1975: Fritz Rudolf Schultz
- 1975–1985: Karl Wilhelm Berkhan
- 1985–1989: Willi Weiskirch
- 1989–1995: Alfred Biehle
- 1996–2000: Claire Marienfeld-Czesla
- 2000–2005: Willfried Penner
- Seit 2005: Reinhold Robbe



gend davon zur Verfügung stehen, um schon bei der Einsatzvorbereitung in Deutschland den Umgang damit zu üben. Wie steht es um die Betreuung, die Verpflegung, die sportlichen Betätigungsmöglichkeiten? Funktioniert der Kontakt nach Hause? Kommt die Feldpost zügig an?

Je nach den Eintragungen in der Mängelliste fällt die Sprache des Wehrbeauftragten in der Nachbearbeitung mehr oder weniger deutlich aus, bekommen die Verantwortlichen an der militärischen und politischen Spitze klare Hinweise, wo lang-, mittel- oder kurzfristig Missstände abgestellt werden müssen.

Je klarer die Kontrolle, desto glaubwürdiger die Außenwirkung. Denn auch das will der Wehrbeauftragte sein: Anwalt der Soldatinnen und Soldaten. ■

Drei Fragen: der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe

„Ungeschminkte Realität“

Blickpunkt Spezial: Am Anfang herrschte Misstrauen. Heute ist die Truppe akzeptiert. Brauchen wir noch einen Wehrbeauftragten?

Reinhold Robbe: Die Notwendigkeit ist heute so aktuell wie 1956. Die Bundeswehr ist in ihrer heutigen Form ohne Wehrbeauftragten gar nicht denkbar. Denn er ist nicht nur der verlängerte Arm des Parlaments in die Truppe hinein, er wirkt nicht nur vorbeugend dadurch, dass sich jeder Soldat mit Eingaben an ihn wenden kann. Er ist auch die einzige Kontrollinstanz, die sich jederzeit unangemeldet ein Bild von der ungeschminkten Realität machen und bei erkannten Missständen sofort auf Abhilfe dringen kann.

Blickpunkt: Die Truppe hat sich in den letzten 52 Jahren stark verändert – auch das Amt des Wehrbeauftragten?

Robbe: Die Aufgaben haben sich vom Grundsatz her nicht geändert. Seit längerer Zeit gibt es etwa 6.000 Eingaben jährlich, denen individuell nachgegangen wird. Nach wie vor kontrolliert der Wehrbeauftragte,

ob in der Bundeswehr das Prinzip vom „Staatsbürger in Uniform“ funktioniert. Und nach wie vor sehen die Soldaten im Wehrbeauftragten ihren Anwalt. Aber die Bundeswehr ist eine Einsatzarmee geworden. Und deshalb hat sich auch mein Betätigungsfeld erweitert. Ich bin beispielsweise einmal pro Jahr in jedem Einsatzgebiet, um zu sehen, ob die Soldaten gut ausgebildet und ausgerüstet sind.

Blickpunkt: Sie zählten vor Ihrer Wahl zu den erfahrensten Bundeswehrkennern. Konnten Sie trotzdem noch etwas lernen?

Robbe: Aber sicher. Jede Armee will sich Dritten gegenüber von der Schokoladenseite zeigen. Durch meine vorwiegend unangemeldeten Truppenbesuche habe ich jetzt einen ganz anderen Zugang. Früher hat man mir die Auswahl der Gesprächspartner abgenommen, jetzt entscheide ich selbst, wen ich sprechen möchte. Meine Behörde mit rund 50 Mitarbeitern nimmt sich gegen die riesige Bundeswehr wie David gegen Goliath aus. Aber ich erfahre, dass wir durchaus Wirkung und Erfolge haben.

Reinhold Robbe im Plenum. Der Wehrbeauftragte hat seinen eigenen Platz seitlich neben dem Sitzungspräsidenten



Foto: DBT/Werner Schüring



Foto: Picture-Alliance/Wolfgang Kumm

Das Prinzip der Inneren Führung

Gemeinsame Grundüberzeugungen

Zett De Vau – wer wissen will, wie was in der Bundeswehr funktioniert, der schaut in die „Zentrale Dienstvorschrift“ (ZDv). Und wer ergründen möchte, was die Bundeswehr von allen anderen Armeen der Welt unterscheidet, der kann 66 handliche Seiten als Sonderdruck der „ZDv 10/1“ durcharbeiten oder sich vor allem zwei Wörter merken: „Innere Führung“.

Die „Innere Führung“ ist der Oberbegriff, der „Staatsbürger in Uniform“ der Ausgangspunkt oder, wie General Alois Bach zusammenfasst: „Das Konzept der Inneren Führung ist die wichtigste geistige Grundlage für den Dienst in der Bundeswehr – alle Soldatinnen und Soldaten, vom Rekruten bis zum Generalinspekteur, sollen gemeinsame Grundauffassungen über den Sinn ihrer Aufgaben und ihrer Pflichten, über ihre Rechte und ihre Verantwortung haben.“

General Bach ist Kommandeur des Zentrums Innere Führung, eine Art „Trainerakademie“ für das Führungspersonal der Bundeswehr. Hier lernen die Vorgesetzten, wie sie ihren

bedeutet für jeden Soldaten, dass er in jeder Sekunde seines Dienstes für das Vaterland überprüfen muss, ob die „von oben“ vorgegebene Richtung auch wirklich dem entspricht, was seine innere Richtungsanzeige bestätigt. Der Soldat darf sich nicht von außen kritiklos führen lassen, er muss sich stets bewusst machen, was ihm sein eigenes Gewissen sagt, dies mit seinem Wissen über die geltende Rechtslage abgleichen und vor diesem Hintergrund die Handlungssituation reflektieren. Hier kommt das Prinzip von Befehl und Gehorsam an die vom Bundestag gewollten Grenzen.

Es ist der radikale Bruch mit den traditionellen und landläufigen Vorstellungen vom Militär. Das Parlament

Bundesrepublik Deutschland“ – und damit bestimmend auch für den Zweck und das Ziel aller soldatischen Handlungen. Die Grundrechte insgesamt binden die Angehörigen der Bundeswehr „in besonderer Weise“, wie die Vorschrift herausstellt, und zwar „an jedem Ort und zu jeder Zeit“.

Zu jeder Zeit. Das bezieht sich nicht nur auf den Alltag des Soldaten, sondern letztlich auch auf die Entwicklung der Bundeswehr in einem wiedervereinigten Deutschland mit neuen Anforderungen. Der Wandel von der Verteidigungs- zur weltweiten Einsatzarmee stellt auch das Prinzip der Inneren Führung vor völlig neue Herausforderungen. Bach: „Früher waren die Bundeswehrsoldaten auf ihre Kämpferrolle fixiert, und allenfalls die Kommandeure standen mit ihren Entscheidungen in der Öffentlichkeit. Heute sind die Funktionen des Schützens, des Helfens und des Rettens hinzugekommen, und jeder Leutnant, jeder Hauptfeldwebel kann im Auslandseinsatz mit seinem Auftreten in den Fokus geraten.“

Der Bundeswehrsoldat braucht heute ein besonderes Belastungs- und Stressmanagement, seine Sprachkenntnisse sind mehr gefordert denn je, ebenso seine interkulturelle Kompetenz. Bach bringt es als Frage auf den Punkt: „Wie geht der Bundeswehrsoldat im Einsatz sowohl mit Kameraden aus anderen Ländern als auch mit den Zivilisten anderer Kulturen und Nationen um?“ Wie aus den Einsatzgebieten zu hören ist, scheinen die Antworten immer wieder zu überzeugen.

Und die Skandale? Bach verweist auf Verkehrsunfälle. Danach gehe es auch nicht um die Straßenverkehrsordnung, sondern darum, wer sich hier falsch verhalten hat. „Natürlich werden auch Fehler gemacht. Aber die Grundsätze, die stimmen.“ ■

Es ist der radikale Bruch mit den traditionellen und landläufigen Vorstellungen vom Militär.

Untergebenen die Werte des Grundgesetzes vorleben, hier bekommt die Konstruktion vom „Primat der Politik“ konkrete Gestalt, und hier werden zu den zeitlosen Grundsätzen der Inneren Führung praktische aktuelle Ergänzungen entwickelt. So schicken Bach und seine Mitarbeiter auch Teams in die Truppe, um das Führungsverhalten der Vorgesetzten zu verbessern. Bach: „Zivilpopulär würde man das ‚Coaching‘ nennen.“ Viele Überlegungen zum „Eigenbild“ und „Fremdbild“ der Vorgesetzten lassen sich letztlich auf einen Satz reduzieren: „Behandle deine Untergebenen so, wie du von deinen Vorgesetzten behandelt werden willst.“

Statt Innerer Führung, dem mitunter zunächst nur schwer mit konkreten Inhalten zu verbindenden Begriff, kann man auch von einem inneren Kompass sprechen. Dieser

wollte keine Armee, die als uniformes Instrument eines Machthabers einfach „funktioniert“, zusammengesetzt aus dumpfen Kämpfertypen, die alles tun, was man ihnen sagt, und von denen im Zweifel niemand mehr für sein Handeln verantwortlich ist. Nein, der Bundestag sah von Anfang an im selbstbewussten und selbstverantwortlichen Menschen in Uniform eine wichtige Garantie gegen einen Rückfall in alte Zeiten mit leidvollen Erfahrungen.

Neue Herausforderungen

Deshalb steht auch Artikel 1 des Grundgesetzes im Zentrum soldatischer Verpflichtungen nach dem Prinzip der Inneren Führung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist, wie die Zentrale Dienstvorschrift betont, „Staatszweck und Staatsziel der

Zentrum Innere Führung

Informationen und Kontakt unter:

www.innerefuehrung.bundeswehr.de



Foto: Picture-Alliance/Jörg Carstensen



**Aufbruch zum
Auslandseinsatz:
Bundeswehrsoldaten
vor dem Abflug nach
Afghanistan**

Der Weg zum Auslandseinsatz

Marschbefehl erst nach Abstimmung

In manchen Ländern führt das Militär ein Eigenleben als Staat im Staat. Solche undemokratischen Auswüchse und die Rolle der Wehrmacht im nationalsozialistischen Deutschland vor Augen, entschied sich der Bundestag bei der Wiederbewaffnung für eine doppelte Absicherung: An der Spitze der Bundeswehr steht ein Mitglied der Bundesregierung – und über ihren Einsatz entscheidet der Bundestag. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994 gilt letzteres explizit auch für Auslandseinsätze. Das Wort Parlamentsarmee ist keine pure Absichtserklärung. Ohne Zustimmung des Bundestages setzt kein Bundeswehrsoldat seine Stiefel auf ausländischen Boden.

Nur die Amtshilfe und die Unterstützung von Polizei und THW etwa nach Katastrophen kann der Verteidigungsminister anordnen. Für alles andere gilt der Vorbehalt: Bewaffneter Einsatz erst nach Abstimmung. Viele Standardaufgaben (wie Manöver) kann die Bundeswehr aufgrund der vom Bundestag beschlossenen Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO und zur EU erfüllen, ohne jedes Mal neu anfragen zu müssen. Doch wie das Verfas-

sungsgericht im Mai 2008 wieder klar gestellt hat, darf das Parlament selbst dann nicht übergangen werden, wenn etwa AWACS-Aufklärungsflugzeuge im Rahmen der NATO-Solidarität „Routineflüge“ unternehmen, zugleich aber konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die darin mitfliegenden Bundeswehrsoldaten in Kampfhandlungen verwickelt werden können.

Dreh- und Angelpunkt der parlamentarischen Beteiligung ist der Auswärtige Ausschuss. Auch dies macht deutlich, dass es bei einem Marschbefehl um mehr als militärische Fachfragen, nämlich um außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge geht. Nachdem die Bundesregierung einen Antrag beim Bundestag eingereicht und dieser sich in Erster Beratung damit befasst hat, organisiert der Auswärtige Ausschuss die Detailberatungen und erhält Stellungnahmen mitberatender Gremien, besonders natürlich die des Verteidigungsausschusses. Bleiben Zweifel an der Gestaltung des Einsatzmandates, kann die Regierung diese etwa durch erläuternde Protokollerklärungen zu entkräften versuchen. Dann wird im Plenum namentlich abgestimmt.

Davon gibt es nur folgende Abweichungen: Wenn es sich um einzelne Soldaten handelt, die etwa zufällig im Rahmen von Austauschprogrammen auf Schiffen anderer Nationen Dienst tun, welche plötzlich zum Einsatz abkommandiert werden. Dann reicht ein vereinfachtes Verfahren, bei dem der Bundestag informiert und die Genehmigung unterstellt wird, sofern nicht eine parlamentarische Befassung etwa von einer Fraktion verlangt wird. Gleiches gilt bei einer Verlängerung eines Mandats ohne inhaltliche Änderung. Oder es herrscht Gefahr im Verzug, wenn etwa eingekesselte Deutsche aus einer Bürgerkriegssituation evakuiert werden sollen. Dann muss der Bundestag um nachträgliche Zustimmung gebeten werden. ■

Auswärtiger Ausschuss

Kontakt und Informationen:

**auswaertiger-ausschuss@
bundestag.de**

www.bundestag.de
(Rubrik Ausschüsse)



Drei Fragen: Ruprecht Polenz

„Über Einsätze immer auf dem Laufenden“

Blickpunkt Spezial: Der Auswärtige Ausschuss berät federführend Anträge zu Auslandseinsätzen. Könnte es sein, dass Sie von deren Inhalt nie wirklich überrascht sind, wenn sie auf dem Tisch des Ausschusses liegen?

Ruprecht Polenz: Der Bundestag kann zu solchen Anträgen nur Ja oder Nein sagen; er kann sie nicht ändern. Würde die Bundesregierung jedoch an solch entscheidender Stelle eine Ablehnung erfahren, würde sie vermutlich zurücktreten müssen. Deshalb tut sie gut daran, schon im Vorfeld abzuklären, was erforderlich ist, um für den Antrag auch die notwendige Mehrheit zu bekommen. Daneben halten wir uns intensiv über die Entwicklung der Regionen und den Verlauf der Einsätze auf dem Laufenden.

Blickpunkt: Manche Einsätze laufen schon seit vielen Jahren. Gibt es Aussichten auf ein Ende?

Polenz: Wir haben in Mazedonien schon deutliche Reduzierungen gehabt. Wir hoffen, dass die anderen Länder der Balkanregion sich auf Europa zu bewegen und sich entsprechend reformieren zu Rechtsstaat und Demokratie. Das hätte mittelfristig sicherlich auch Auswirkungen auf die militärische Präsenz. In Afghanistan hängen die Dinge sehr stark davon ab, wie weit das Land selbst für Sicherheit sorgen kann. Deshalb laufen dort die Anstrengungen zum Aufbau der afghanischen Armee und einer einsatzfähigen Polizei.

Blickpunkt: Sehen Sie weitere Einsatzverpflichtungen auf Deutschland zukommen?

Polenz: Sicherlich werden die Vereinten Nationen auch in Zukunft mit ihren Fähigkeiten zur Friedenssicherung und Friedenserzwingung gefordert sein. Und die Vereinten Nationen, das sind wir alle! Da geht es dann darum, wer sich an neuen Einsätzen beteiligt. Auch wir Europäer dürften als Produzenten

von Sicherheit das eine oder andere Mal gefragt sein. Allerdings hängt die Fähigkeit zu einer Beteiligung auch davon ab, in welchen anderen Einsätzen die einzelnen Länder bereits tätig sind. Von niemandem kann mehr verlangt werden, als er leisten kann. Deshalb wollen wir regionale Organisationen wie die Afrikanische Union so stärken, dass sie solche Einsätze bewältigen können. ■

Foto: Picture-Alliance/Sven Simon

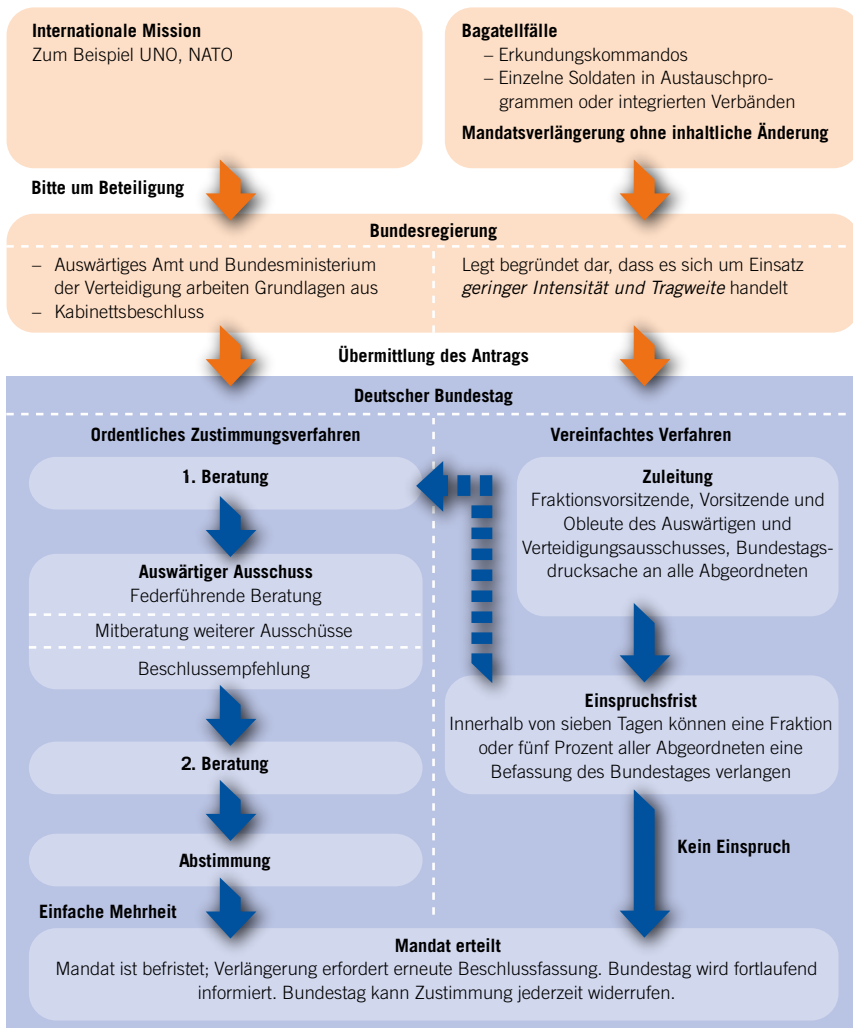


Zur Person

Ruprecht Polenz (CDU/CSU), Jahrgang 1946, ist seit 1994 Mitglied des Bundestages und seit 2005 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.
ruprecht.polenz@bundestag.de
www.ruprecht-polenz.de

Der Weg zum Mandat

Entscheidungsprozess bei Auslandseinsätzen*



*Nach dem ordentlichen Zustimmungsverfahren sowie nach dem vereinfachten Verfahren gemäß § 4 Parlamentsbeteiligungsgesetz. Der Sonderfall der nachträglichen Zustimmung bei „Gefahr im Verzug“ (§ 5 Parlamentsbeteiligungsgesetz) ist nicht berücksichtigt.

- UN-Missionen
- EU-Missionen
- NATO-Missionen
- Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Bosnien-Herzegowina – EUFOR

- European Union Force
- Mandat seit November 2004, zuletzt verlängert im November 2007
- derzeit 140 Soldaten im Einsatz
- Auftrag: insbesondere militärische Absicherung des Friedensvertrags von Dayton

www.euforbih.org

Kosovo – KFOR

- Kosovo Force
- Mandat seit Juni 1999, zuletzt verlängert im Juni 2008
- derzeit rund 2.870 Soldaten im Einsatz
- Auftrag: Entwicklung eines multiethnischen, friedlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Umfelds, umfassende humanitäre Hilfe

www.nato.int/kfor

Mittelmeer – Active Endeavour

- Operation Active Endeavour
- Mandat seit November 2001, zuletzt verlängert im November 2007
- derzeit keine Soldaten im Einsatz
- Auftrag: Überwachung von Bereichen des Mittelmeers im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Sudan – UNAMID

- United Nations-African Union Hybrid Mission in Darfur
- Mandat seit November 2007
- derzeit ein Soldat
- Auftrag: Unterstützung des Darfur-Friedensabkommens vom 5. Mai 2006 sowie der derzeit stattfindenden Friedensverhandlungen

www.un.org/depts/dpkp/missions/unamid

Sudan – UNMIS

- United Nations Mission in Sudan
- Mandat seit April 2005, im November 2007 für sechs Monate verlängert
- derzeit 38 unbewaffnete Soldaten im Einsatz
- Auftrag: Überwachung des Friedensvertrags, Befriedung der Konfliktregion Darfur

www.unmis.org

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Stand: Juni 2008

Libanon – UNIFIL

- United Nations Interim Force in Lebanon
- Mandat seit September 2006, zuletzt verlängert im September 2007
- derzeit 470 Soldaten im Einsatz
- Auftrag: Überwachung des Waffenstillstands an der 121 Kilometer langen Grenzlinie zu Israel

www.un.org/Depts/dpko/missions/unifil

Afghanistan – UNAMA

- United Nation Assistance Mission in Afghanistan
- seit März 2002, unbewaffneter Einsatz, Kabinettsbeschluss ausreichend
- derzeit ein Militärbeobachter in Kabul
- Auftrag: Aufbau und Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen

www.unama-afg.org

Afghanistan – ISAF

- International Security Assistance Force
- Mandat seit Dezember 2001, zuletzt verlängert im Oktober 2007
- derzeit rund 3.470 Soldaten, dabei sechs Aufklärungstornados
- Auftrag: insbesondere Wahrung der Menschenrechte, Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit

www.nato.int/ISAF

Georgien – UNOMIG

- United Nations Observer Mission in Georgia
- seit Juni 1994, unbewaffneter Einsatz, Kabinettsbeschluss ausreichend
- derzeit drei Soldaten, drei Ärzte und sechs Sanitätsfeldweibel
- Auftrag: Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens, Entschärfung des Konflikts zwischen den ethnischen Gruppen der Georgier und den Abchasen

www.unomig.org

Äthiopien und Eritrea – UNMEE

- United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea
- seit Januar 2004, unbewaffneter Einsatz, Kabinettsbeschluss ausreichend
- derzeit ein Soldat als Beobachter
- Auftrag: Überwachung des Waffenstillstands und der entmilitarisierten Zone zwischen beiden Staaten

www.un.org/Depts/dpko/missions/unmee

Horn von Afrika – OEF

- Operation Enduring Freedom
- Mandat seit November 2001, zuletzt verlängert im November 2007
- derzeit 250 Soldaten im Einsatz
- Auftrag: Seeraumüberwachung und Schutz der Seeverbindungslinien zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus



Der Verteidigungsausschuss auf Truppenbesuch

Bei der Bundeswehr im

Bundestag und Bundeswehr – gut sichtbar wird das besondere Verhältnis bei Truppenbesuchen des Verteidigungsausschusses. Das Gremium kennt gewöhnlich nur nicht öffentliche Sitzungen, bei denen es um vertrauliche Angelegenheiten geht. Bei seinem Kosovo-Besuch ließ sich eine Delegation des Verteidigungsausschusses jetzt erstmals bei der Arbeit beobachten. Der doppelte Zweck der Reise war, sich aus erster Hand ein vollständiges Bild über den Auslandseinsatz zu machen und den Soldaten in ihrer schwierigen und gefährlichen Lage zu signalisieren: Wir sind da, wir kümmern uns.



Vollständiges Bild der Lage: Die Ausschussvorsitzende Ulrike Merten im Bundeswehrehubschrauber über dem Kosovo

Kosovo

Das glaubt nur, wer es mit eigenen Augen gesehen hat: Eben noch hat der Muslim Fatmir Sejdiu den ersten islamischen Staat in Europa ausgerufen, doch welche großformatigen Bilder hängen in seinem Amtszimmer in Pristina, der Hauptstadt des neuen Staates? Kein Imam, keine Moschee sind darauf abgebildet, sondern Papst Johannes Paul II. und Mutter Teresa! Die Erklärung, laut engster Mitarbeiter: „Der Präsident des Kosovo bewundert den früheren Papst und die engagierte Nonne.“

Der unerwartete optische Eindruck beim Gespräch im Amtszimmer des Präsidenten passt zu dem, was die sechs Bundestagsabgeordneten in den folgenden Stunden auch inhaltlich erfahren werden: Die Kosovaren denken in westlichen Werten, suchen Anschluss an Europa. Eine gute Botschaft für die in der früheren serbischen Provinz stationierten Bundeswehrsoldaten, die natürlich ebenfalls Ziel dieser Delegationsreise des Verteidigungsausschusses sind: Es gibt Grund zur Hoffnung, dass sich die seit Jahren verhärtete Situation zum Besseren wendet.

Trotzdem gleicht die Lage immer noch einem Pulverfass, in dessen Nähe verschiedene Gruppen zünden. Die Ausschussvorsitzende Ulrike Merten erlebt das am eigenen Leib.

Denn die Reise der Abgeordneten fällt zusammen mit der Heimkehr des im Kriegsverbrechertribunal von Den Haag freigelassenen kosovarischen Politikers Ramush Haradinaj. Er wird wie ein Volksheld empfangen. Tausende haben sich am Flughafen eingefunden. Mitarbeiter der deutschen Botschaft raten der Bundestagsdelegation, sich nicht zu erschrecken, wenn gleich geschossen werde. Das seien dann sicherlich Freudenschüsse, auf dem Balkan sei das nicht auszuschließen. Sicherheitshalber bekommt die Ausschussvorsitzende aber besonderen Personenschutz. Die Bundeswehr reagiert lageabhängig in einem Einsatzgebiet, das als „überwiegend ruhig, nicht stabil“ beschrieben wird. Seit Anfang 2008 ist dieses Einsatzgebiet

zugleich ein Staat im Entstehen. Das bedeutet: Es gibt noch kein funktionierendes Außenministerium, kein Straßenverkehrsamt. Und Hans-Dieter Steinbach, der neue deutsche Botschafter, der die Delegation des Bundestages am Flughafen abgeholt hat, berichtet schmunzelnd, dass er in den ersten fünf Tagen seiner gerade begonnenen Tätigkeit schon drei Mal mit dem Staatspräsidenten zusammengetroffen ist. In anderen Staaten geschieht das mit viel Glück drei Mal im Jahr, hier aber ist der Botschafter Deutschlands fast täglicher Gesprächspartner der Staatsführung. Die Schilderung stimmt die Abgeordneten auf die folgenden Gespräche ein. Grundtenor: Wir tun, was ihr wünscht, aber sagt uns, was wir tun sollen und helft uns dabei.

Politik mit Augenmaß

Es ist alles noch etwas improvisiert. Die deutschen Politiker sind bereits im Amtszimmer des Präsidenten verschwunden, als aus einem Abstellraum noch eine schwarz-rot-goldene Flagge herausgeholt und neben die Tür gestellt wird. Herrschte bei früheren Besuchen eher eine Atmosphäre der Starrköpfigkeit, vielleicht motiviert durch die Furcht, die Träume von Autonomie und Unabhängigkeit könnten am Ende doch noch platzen, bilden nun Konzilianz und Entgegenkommen



den Hintergrund jedes Gesprächs. Zum Beispiel mit Vize-Ministerpräsident Hajredin Kuçi. Nachdem schon der Präsident mit der Ausschussvorsitzenden vor die Kameras getreten ist, um die Glückwünsche zur Unabhängigkeit und im Gegenzug das Versprechen einer Politik mit Augenmaß öffentlich zu machen, rollt auch der stellvertretende Regierungschef

den deutschen Parlamentariern verbal den roten Teppich aus. Der Kosovo werde ein multiethnisches Land sein, das alle Bürger gleich behandelt, lautet sein erster Satz. Damit greift er die Befürchtungen auf, die kleine Minderheit der Serben könne durch Benachteiligung und Verfolgung aus dem Land getrieben werden. Ein halbes Dutzend weiterer Versicherungen folgt. Sie münden in der Vorhersage: „Sie werden es nicht bereuen, uns unterstützt zu haben.“

Damit ist das Stichwort für den zweiten Teil der Unterredung gefallen, die in einem großen Raum stattfindet mit zwei Tischreihen, an denen sich Gastgeber und Gäste gegenüber sitzen. An der Wand das kosovarische Wappen mit den sechs weißen Sternen, die für die sechs kosovarischen Bevölkerungsgruppen stehen sollen: Albaner, Roma, Türken, slawische Muslime und Gorani. Kein Stern größer oder kleiner als der andere. Einheitlich treten auch die sechs Bundestagsabgeordneten auf, die nun von der Ausschussvorsitzenden vorgestellt werden: Rainer Arnold von der

KOSOVO IN KÜRZE

Ursprünglich römische Provinz. 1389 Schauplatz der Schlacht auf dem Amsfeld, wird daher von Serbien als Keimzelle der eigenen Historie gesehen. 1974 autonome Provinz innerhalb Jugoslawiens. 1989 Autonomie durch Serbien aufgehoben. Seit 1996 kriegerische Auseinandersetzungen zwischen kosovarischen Kämpfern und serbischen Streitkräften. 1998/99 Scheitern von Friedensverhandlungen, verstärkt „Säuberungen“ und Massaker im Kosovo. Ab 24. März 1999 Eingreifen der Nato mit Angriffen auf Ziele in ganz Serbien. Kosovo Force (KFOR) und UN-Sicherheitskräfte (UNMIK) errichten im Sommer 1999 ein UN-Protektorat bis zur Klärung des endgültigen Status. Keine Einigung der internationalen Gemeinschaft. Am 17. Februar 2008 verkündet der Kosovo seine Unabhängigkeit und wird von den meisten EU-Staaten, den USA und weiteren Ländern als Staat anerkannt. Seit Frühjahr 2008 läuft der Aufbau von EULEX, der Rechtsstaat-Unterstützungsmission der EU.



Alltag in Prizren, Hauptsitz der KFOR-Truppe. Bundeswehrsoldaten des Einsatzbataillons patrouillieren in der Innenstadt

Foto: DBT/Werner Schüring

SPD, Winfried Nachtwei von Bündnis 90/Die Grünen, Hans Raidel und Marcus Weinberg von der CDU/CSU und Paul Schäfer von der Fraktion Die Linke. Dazu kommen noch der deutsche Botschafter Hans-Dieter Steinbach und für die Organisation die Leiterin des Ausschussesekretariates, Beate Hasenjäger.

Eine politisch sehr heterogene Truppe, die sich im Ausschuss und im Plenum des Bundestages trefflich zu streiten weiß. Aber hier lässt jeder die Ausschussvorsitzende die grundsätzlichen Ausführungen im Namen aller machen, ohne sich gleich von einzelnen Feststellungen zu distanzieren. Gerade bei Auslandseinsätzen im Allgemeinen

Gewappnet sein, wenn plötzlich Steine fliegen: Übung des Einsatzbataillons bei Prizren

und bei der Anerkennung des Kosovo im Besonderen hat Die Linke eine gänzlich andere Meinung. Doch in den Gesprächen im Kosovo fällt dieser Meinungsstreit innerhalb der Ausschussdelegation kaum auf. „Was soll ich mich mit den Kollegen im Kosovo zerzauseln“, sagt sich Schäfer von der Linken. Dass es in Deutschland unterschiedliche Auffassungen zur Kosovo-Anerkennung gibt, ist bekannt. „Den Streit tragen wir in Deutschland aus, nicht im Ausland“, lautet in Schäfers Worten ein ungeschriebenes Gesetz über das Auftreten von Koalitions- und Oppositionsabgeordneten auf Auslandsbesuch.

Sorge wegen Kriminalität

Inzwischen ist das Gespräch mit dem Vizeregierungschef beim Thema Militär angekommen. Kuçi schildert, dass der Kosovo nun eine Armee aufbauen will, die aus 2.500 aktiven Soldaten und 800 Reservisten bestehen soll. Wieder bindet er das in Zusagen ein: „Wir versprechen, kein Krisenexporteur zu sein“, unterstreicht er. Die Ausschussvorsitzende Merten betont, mehr eigene Sicherheit für den Kosovo komme sicherlich auch durch mehr Anstrengungen auf dem Gebiet der Polizistenausbildung. Und dann gibt sie noch einen Hinweis, den die Kosovaren gut verstehen. Es sei sicherlich hilfreich, beim Aufbau von

Streitkräften von Anfang an auf die zivile Kontrolle zu achten. „Unsere eigene Erfahrung damit kann sich sehen lassen“, fügt sie hinzu.

Rainer Arnold spricht zwei weitere heikle Punkte an. Noch immer fällt im Kosovo täglich für Stunden der Strom aus. Überall stehen Dieselgeneratoren neben den Häusern und Hotels. „Was macht das geplante moderne Kraftwerk?“, will er wissen. Und fügt noch eine Frage nach dem Mediensystem an: „Wird es auch öffentlich-rechtliche Sender geben oder ausschließlich private Anbieter?“

Vorerst bleibe es in der „postkommunistischen Gesellschaft“ des Kosovo dabei, dass es auch öffentliche Sendeanstalten gebe, antwortet Kuçi. Die Sache mit dem Kraftwerk wird zu einer langen Ausführung. Hier gehe es einerseits darum, dass die Bevölkerung „Stress“ sowohl mit der unsicheren Energieversorgung als auch mit der belasteten Luft habe. Bei der Genehmigung des Kraftwerkes müsse man daher auch den Umweltschutz stärker berücksichtigen. Dann kommt er auf die Wirtschaftssituation allgemein zu sprechen. Und landet nicht überraschend bei der internationalen Unterstützung, die – natürlich – ausgeweitet werden müsse.

Nach Auffassung von Hans Raidel ist der Aufbau der Justiz sehr wichtig. Ohne eine funktionierende Gerichtsbarkeit fänden nicht zuletzt

Foto: DBT/Werner Schüring



auch die von den Kosovaren so dringend erhofften Investoren keine Rechtssicherheit. Damit deutet Raidel einen Punkt an, den alle Abgeordneten als großes Fragezeichen in ihren Köpfen dabei haben: Ist es wahr, dass man anderswo von „Territorien mit organisierter Kriminalität“ spricht, im Kosovo aber eher die Bezeichnung „organisierte Kriminalität mit Territorium“ angebracht ist – wie sich Winfried Nachtwei nach diversen Gesprächen unter anderem auf der Basis von Sicherheitserkenntnissen notiert. Hohe Jugendarbeitslosigkeit scheint der ideale Nährboden für die Rekrutierung von immer neuem Personal für die organisierte Kriminalität.

Beim Flug über den Süden des Landes ist am nächsten Morgen zu sehen, wie es mit dem Land aufwärts geht. Überall herrscht Bautätigkeit, werden teils beeindruckende, fast villenartige Wohnhäuser hochgezogen. Aber aus welchen Geldquellen wird das alles gespeist? Diese Frage nimmt die Delegation ohne Antwort, nur mit Vermutungen verbunden mit nach Hause zurück. Raidel leitet aus den Beobachtungen die Erkenntnis ab, dass die Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne dieser Selbsthilfe neu bewertet und verstärkt werden muss. „Wir unterstützen den Wiederaufbau des Landes und der politischen Selbstständigkeit



nationalen Gemeinschaft im Kosovo. Derweil reift im Hinterkopf der Ausschussvorsitzenden eine Idee. Bei einem abendlichen Empfang durch den deutschen Botschafter testet sie, was sie später in Deutschland auf den Weg bringen will, in ersten Gesprächen an: Wie wäre es, wenn der Bundestag sein internationales Austauschprogramm auf den Kosovo ausweitet? Dann

ziellen Rahmen. Es bleibt dann noch Zeit für ein paar Schritte durch die nächtliche Innenstadt. Vorbei etwa an dem Monument mit den sieben riesigen Buchstaben N-E-W-B-O-R-N. Diese „Neugeburt“ stand im Mittelpunkt der Staatsgründungsfeiern. Und so können die Abgeordneten nach ihrer Landung am nächsten Morgen eine halbe Hubschrauberflugstunde weiter südlich im deutschen Hauptquartier Prizren nur zu gut die Faszination der Soldaten verstehen: „Dieses Kontingent erlebt europäische Geschichte mit“, berichten die Bundeswehrangehörigen. Sie bilden das 19. Kontingent seit Beginn der Mission vor fast neun Jahren. Es ist das erste, das deutliche Bewegung zum Besseren verzeichnet.

Aber die Staatsgründung bringt nicht nur Faszination mit sich, auch Erschrecken. Eigentlich dachte die Bundeswehr, sie habe die Lektion aus den Märzunruhen vor vier Jahren gelernt, als an vielen „Hotspots“ gleichzeitig wie aus dem Nichts Aufruhr angezettelt wurde und die internationale Truppe sich regelrecht vorgeführt fühlte. Ihre Konsequenz: polizeiliche Ausbildung, polizeiliche Ausrüstung, um beim nächsten Mal besser gewapp-

Vollständiges Bild von den Dimensionen des Einsatzes

des Staates. Nach dem langfristigen Engagement von KFOR muss über konditionierten Abzug nachgedacht werden.“ Raidel verlangt aber genauso eine Unterstützung Serbiens bei Annäherung an EU und NATO.

Vor dem Blick auf die eigene Truppe und deren schwierige Situation stehen erst noch weitere Termine auf der Tagesordnung. Es gibt Treffen mit dem Parlamentspräsidenten, mit Abgeordneten aus dem kosovarischen Parlament, mit Vertretern der inter-

könnten Mitarbeiter der kosovarischen Institutionen aus eigener Anschauung in Deutschland kennenlernen, wie politisch-parlamentarische Abläufe routiniert und optimiert verlaufen.

Faszination Staatsgründung

Das Echo ist einhellig positiv. Das ist das Gute an solchen abendlichen, etwas informelleren Begegnungen: Im Vier-Augen-Kontakt lässt sich manches direkter „einstielen“ als im offi-



Die Delegation des Verteidigungsausschusses (von rechts): die Abgeordneten Winfried Nachtwei, Paul Schäfer, Ulrike Merten, Hans Raidel, Rainer Arnold und Marcus Weinberg; links Piloten der Bundeswehr

Foto: DBT/Werner Schüring

net zu sein. Das Niederringen von ausufernden Demonstrationen mit polizeilichen Mitteln gehört seitdem zur festen Vorbereitung jedes Kontingents.

Die Militärs bestätigen, was die kosovarischen Politiker am Vortag immer wieder versichert hatten: Die Kosovo-Albaner provozieren derzeit nicht. Sie reagieren nicht einmal auf serbische Provokationen, wie demonstrativ aufgezoogene serbische Flaggen in Klöstern. Dafür scheint das serbische Innenministerium die Rolle des Unruhestifters übernommen zu haben. Die Abgeordneten sehen eine Videodokumentation, die die KFOR-Friedenstruppe noch unter Verschluss hält. Zu sehen ist darauf, wie am Rande der Räumung eines von Serben besetzten Gerichtsgebäudes in Mitrovica zuerst Pfiffe ertönen, dann Steine fliegen, dann Molotowcocktails, schließlich sogar Handgranaten.

Schnell waren die kosovarische Polizei und UN-Polizisten von der Situation überfordert, und die KFOR-Truppe musste an die vorderste Front. 22 von ihnen erleiden leichte, zwei schwere Verletzungen. Auch 27 UNMIK-Polizisten werden verletzt, zwei davon schwer. Ein ukrainischer

UN-Polizist verblutet, getroffen von über 50 Splittern. Die Gewalttäter, die durchaus Mörder genannt werden können, sind auch Wochen nach den Vorfällen nicht gefasst, obwohl zum Teil namentlich bekannt. Einige der Tatverdächtigen sind als Mitarbeiter des serbischen Innenministeriums identifiziert. Auch die Zollstationen, die die Kosovaren an der neuen Grenze errichtet hatten und die die Serben einfach niederbrannten, sind noch nicht wieder in Betrieb. Das ist die Situation, die die Bundeswehr als „nicht stabil“ bezeichnet.

Am Puls des Kosovo

Die Abgeordneten kommen in mehreren Treffen sowohl mit den Verantwortlichen der regionalen Bundeswehr als auch mit den Vertrauensleuten und Vertretern aller Dienstgrade zusammen. Sie gewinnen so ein immer detaillierteres, immer vollständigeres Bild von den Dimensionen dieses Einsatzes. Mehr als die Hälfte der Kampfverbände ist nicht mehr im relativ ruhigen Süden, sondern im Norden

stationiert, wo die Lage jederzeit besonders brenzlich werden kann. Das Lager im Norden haben die Bundeswehrsoldaten „Nothing Hill“ getauft. „Der Name kommt nicht von ungefähr“, berichten sie. Auf dem Hügel im Nichts ist tatsächlich nichts los – außer der Bereitschaft, sich rund um die Uhr in Lebensgefahr stürzen zu müssen.

Umso wichtiger, dass sie über beste Informationen verfügen. Sie kommen nicht nur von den Geheimdiensten der westlichen Staaten. Die Bundeswehr hat auch Verbindungs- und Beobachtungsteams mitten in der Bevölkerung. „Sie messen den Puls des Kosovo“, hören die Abgeordneten. Im Zuständigkeitsgebiet der Bundeswehr im Süden gibt es immer wieder Gewalt. Eine Schießerei auf offener Straße fordert drei Tote – stellt sich aber wie vieles andere als Blutrache zwischen Familien dar. Ein neuer Hinweis auf das „Phänomen“ organisierte Kriminalität.

„Wie erleben die Soldaten ihren Alltag?“, wollen die Abgeordneten wissen. Als Antwort gibt es zum Beispiel den Hinweis auf die gute medizinische



Foto: DBT/Werner Schüring

Patrouille durch die Altstadt: Die Sinan-Pascha-Moschee in Prizren hat eines der höchsten Minarette des Balkans



Versorgung. Ein Soldat, der nach einer Quetschung einen Finger zu verlieren drohte, kam per Hubschrauber ins Einsatzlazarett. Finger gerettet. 60 Prozent der Soldaten sind erstmals im Kosovo, die anderen teils schon „alte Hasen“. Sie wissen, wie es ist, wenn es manchmal auch an Material mangelt. So beklagen sie im Gespräch mit den Politikern, dass immer noch keine brauchbaren Impulspatronen eingetroffen sind. Denn die ursprünglich als „nichttödlich“ eingestufte Munition stellte sich in Tests doch als gefährlicher heraus und wurde daher für den Einsatz gesperrt. Die neue Generation ist aber noch nicht verfügbar. „Es fehlt eine Eskalationsstufe“, kritisieren die Soldaten. Und die Abgeordneten schreiben es sich auf, werden gegenüber dem Verteidigungsministerium nachhaken.

Die Ausrüstung ist ein Dauerthema bei der Truppe im Ausland. Immer noch ist zu spüren, dass die Intervention, das Erzwingen und Stabilisieren von Frieden, nicht das ist,

wofür die Bundeswehr ursprünglich vor allem aufgestellt wurde. Da wird jongliert und probiert. Und mitunter kann auch die Industrie nicht so schnell liefern, wie sich die Bundeswehr im Auslandseinsatz das manchmal besonders bei neu entwickelten Gerätschaften gern wünscht. Da ist auch im Kosovo eine Abkehr von alten Grundsätzen zu spüren: „Lieber 90 Prozent sofort als 120 Prozent in fünf Jahren“, sagen die Soldaten, wenn sie bemängeln, dass Kleinigkeiten nicht ganz funktionieren oder Ausstattungen nicht vollständig zur Verfügung stehen.

„Wie steht’s mit dem Sport?“, fragt Rainer Arnold. Die Antwort besteht in der Beschreibung des Arbeitsrhythmus: 48 Stunden auf Patrouille im Land, 48 Stunden im Objektschutz, dann 48 Stunden für Erholung, Ausbildung und Sport. Ein anstrengender Dienst, für den es auch einen Auslandsverwendungszuschlag gibt. Aber nur einen „zweiter Klasse“, weil die Gefährdung nicht so hoch zu sein scheint wie etwa in Afghanistan.

Der Kommandeur bringt es vor den Augen der Abgeordneten auf den Punkt: „Gibt es jemanden, der mehr Geld haben will?“ Alle Hände gehen hoch. „Fühlt sich jemand ungerecht behandelt?“ Kein Finger rührt sich.

Operation „Sister Act“

Der Alltag im Kosovo. Der kann für die Bundeswehrsoldaten monoton oder jeden Tag anders sein. Die Abgeordneten schauen sich exemplarisch den Ablauf einer Operation an, die die Soldaten intern „Sister Act“ getauft haben: der Schutz von sechs Nonnen in einem serbischen Kloster mitten unter albanischer Bevölkerung. Da sind nicht nur die Rund-um-die-Uhr-Bewachung, die Patrouillen am Zaun um das Kloster, die Zugangskontrollen. Da ist auch die Begleitung der Nonnen beim Einkaufen. Das ist jedes Mal minutiös zu planen: Wohin soll es gehen? Wie sind die Verhältnisse? Welches Fahrzeug übernimmt? Von wo wird beobachtet? Nur so lässt sich sicherstellen, dass



Die Geschichte des serbisch-orthodoxen Erzengelklosters bei Prizren reicht ins 14. Jahrhundert zurück. 2004 brannte es bei Unruhen nieder und steht seitdem unter verstärktem Schutz der KFOR-Truppe

Foto: DBT/Werner Schüring

der heikle Kontakt nicht zum Funken wird, der verheerende Reaktionen in Gang setzt. Das Vertrauen der serbischen Minderheit in den wirksamen Schutz durch die Kosovo-Truppe wird zum wichtigen Faktor auch für die weitere politische Entwicklung des jungen Staates.

Dennoch gibt es Grenzen. Wichtig wäre zwar jetzt, die Rädelsführer der blutigen Unruhen dingfest zu machen. „Doch das ist eindeutig Polizeiaufgabe“, betonen die Soldaten. Insofern interessieren sich die Abgeordneten bei dieser Reise insbesondere auch dafür, wie die neue EU-Mission EULEX die bisherige UN-Mission UNMIC so reibungslos wie möglich ablösen kann. Wie gut dieser zivile Einsatz gelingt, ist mitentscheidend auch dafür, ob die Gefährdung für die Bundeswehr zu- oder abnimmt.

Wie wirkt das Erlebte?

Angesichts der Bilder von purer Gewalt und angesichts der Vorbereitung, bei solchen Situationen in Zukunft auch gegen Rädelsführer gezielt von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, stellt Hans Raidel eine naheliegende Frage: „Wie gehen Sie mit dem Thema Traumatisierung durch den Einsatz um?“ Ein Hauptfeldweibel: „Vorher kann das keiner wissen, wie das Erlebte auf uns wirken wird.“ Nachdenklich besteigen die Abgeordneten die Hubschrauber.

Die halbe Stunde im Helikopter, so laut, dass man sich nicht unterhalten, sondern nur das Erlebte wirken lassen kann. Was bleibt von dieser Reise? „Die Soldaten wissen, dass sie jederzeit in eine neue Gefährdung kommen können, aber sie wissen

auch, dass sie dafür gut ausgebildet und ausgerüstet sind“, denkt Ulrike Merten, die Ausschussvorsitzende. „Die machen das sehr professionell“, hat Hans Raidel mitgenommen – und in der „Edelweißalm“ der Kosovo-Truppe hatte der CSU-Abgeordnete sogar so etwas wie ein „bayerisches Heimatgefühl“ empfunden. Rainer Arnold von der SPD überlegt sich, dass die Truppe zwar gut vorbereitet und auch mit der flexiblen Verwendung über das ganze Land hinweg optimal aufgestellt ist. Aber dass die Dinge im Norden immer noch so in der Schwebe sind, lässt ihn vermuten, dass der Konsens in der Staatengemeinschaft längst nicht so ist, wie er sein müsste. Winfried Nachtwei hat unter anderem die Anstrengungen vor Augen, mit denen die Bundeswehr die wenigen im Land verbliebenen Serben schützt. Der Aufwand erscheine so absurd, wie er richtig sei, notiert sich Nachtwei zur Operation „Sister Act“. Und Paul Schäfer ahnt mit Blick auf die vielen offenen Fragen rund um den Kosovo: „Da dräut noch was!“ So viele Punkte, die Anlass für neue Gewalt geben könnten. Gut, dass die Delegation derart tief in die Zusammenhänge einsteigen und sich ein eigenes, intensives Bild machen konnte. Schäfer steht mit seinem Fazit nicht allein, sondern spricht für alle: „Diese Reise hat sich gelohnt!“

Gregor Mayntz ■

Die Abgeordneten Winfried Nachtwei (links) und Paul Schäfer beim Start des Hubschrauberfluges zum KFOR-Hauptquartier in Prizren



Foto: DBT/Werner Schüring

Verteidigungsausschuss
Kontakt und Informationen:

**verteidigungsausschuss@
bundestag.de**

www.bundestag.de
(Rubrik Ausschüsse)





Konzepte für die Zukunft

Quo vadis, Bundeswehr?

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat die Bundeswehr viele neue Aufgaben übernommen. Was ist zu tun, damit sie angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen auch künftig optimal aufgestellt ist? In der Diskussion: die Wehrpflicht, künftige Sicherheitsstrukturen und der Einsatz im Innern.

Von der alten Sollstärke von 495.000 Soldaten zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes war es ein weiter Weg bis zum Umbau der Truppe in eine Einsatzarmee. Dieser Weg der Transformation ist noch nicht zu Ende gegangen: Im Jahr 2010 sollen alle Einheiten und Verbände in den neuen Strukturen angekommen sein und eine moderne Armee mit 35.000 Soldaten als Eingreifkräfte, 70.000 Soldaten als Stabilisierungskräfte und 147.500 Soldaten als Unterstützungskräfte bilden. Und doch wird im Bundestag bereits vor Erreichen dieses Ziels über neue Umgestaltungen, neue Organisationsmodelle, neue Aufgaben nachgedacht.

Die Unionsfraktion empfiehlt, dass sich Deutschland auf „weitere länger andauernde Einsätze der Bundeswehr zur Friedensstabilisierung und zur Friedenserzwingung vorbereiten“ müsse. Dazu solle die Transformation der

**Deutsche Marine-
soldaten trainieren
in Wilhelmshaven
eine Evakuierung
im Rahmen einer
Kriseneinsatzübung**

wirksame Landes- und Bündnisverteidigung“, unterstreicht das Papier. Bernd Siebert, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, nennt die Wehrpflicht „gesellschaftspolitisch sinnvoll, vor allem sicherheitspolitisch notwendig“. Trotzdem müsse an einer „intelligenten Fortentwicklung der Wehrpflicht“ gearbeitet werden. Es gehe darum, den Wehrdienst attraktiver zu machen, auch vor dem Hintergrund der kommenden geburtenschwächeren Jahrgänge.

Einen großen Schritt weiter geht SPD-Obmann Rainer Arnold. Ein einfaches „Weiter so“ könne es bei der Wehrpflicht bereits in der nächsten Wahlperiode nicht mehr geben. „Die Wehrpflicht höhlt sich von innen selbst aus, wenn die jungen Menschen das Gefühl haben, der Staat gehe nicht mehr nachvollziehbar mit ihnen um – dieser Eindruck ist da“, betont der Sozialdemokrat. Die Antwort seiner Fraktion und Partei: Die Wehrpflicht bleibt als Sicherheitsvorsorge bestehen, zugleich wird aber die Freiwilligkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen so attraktiv gemacht, dass sich letztlich genügend junge Menschen auch auf diesem Weg für den Dienst an der

Es sei ganz offensichtlich, dass die Wehrpflichtarmee nicht mehr auf die heutige Situation passe. Einerseits sei die Bundeswehr eine Armee im Einsatz geworden, andererseits könne von Wehrgerechtigkeit „schon lange keine Rede mehr sein“. Baldmöglichst müsse die Bundeswehr als Freiwilligenarmee derart neu aufgestellt werden, „damit sie auch auf Dauer funktioniert“.

Auslaufmodell Wehrpflicht?

Für die Fraktion Die Linke kann die künftige Bundeswehr ebenfalls nur eine ohne Wehrpflicht, somit eine Berufs- und Freiwilligenarmee sein. Obmann Paul Schäfer von der Fraktion Die Linke sieht daneben noch zwei weitere einschneidende Veränderungen. Er will die Entwicklung zur Einsatzarmee zurückdrehen. Die Bundeswehr müsse sich auf ihre Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren. „Sie kann viel kleiner sein als heute, ich denke, 100.000 Soldatinnen und Soldaten reichen völlig aus“, so Schäfer. Der Nebeneffekt: Die Truppe brauche weniger Geld. Denn dann könne auf viele teure Beschaffungsvorhaben verzichtet werden, die im Wesentlichen mit der globalen Interventionsfähigkeit zusammenhängen.

Auch für Bündnis 90/Die Grünen ist die Wehrpflicht ein Auslaufmodell. Obmann Winfried Nachtwei hält die Frage nach dem Wie aber eher für eine Sekundärfrage bei der Betrachtung der künftigen Bundeswehr. Nachtwei: „Entscheidender ist das Wofür.“ Der im Regierungskonzept enthaltene Kernsatz für die Funktion der Truppe („Beteiligung an internationalen Krisenbewältigungen einschließlich Bekämpfung des internationalen Terrorismus“) gehe von einem Bundeswehrbild aus, wonach das deutsche Militär „alles können muss“. Dabei könne das Militär zum Kampf gegen den Terrorismus, von Spezialeinheiten abgesehen, nur indirekte Beiträge liefern. Entscheidend sei, sich nicht nur die Vorgänge im Süden Afghanistans, sondern alle UN-Missionen anzusehen. Und da gehe es viel mehr um Stabilisierungsmissionen und die Notwendigkeit, Sicherheit

Neue Organisationsmodelle und neue Aufgaben

Bundeswehr hin zu flexiblen und auf Distanz verlegbaren, durchhaltefähigen Streitkräften weiter „forciert“ werden. Nachbessern will die Union auf dem Feld des Heimatschutzes. So müssten für Pionieraufgaben, Sanitätswesen und ABC-Abwehr ausreichend Soldaten zur Verfügung stehen. Außerdem müsse die neue Struktur der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf Landes- und Bezirksebene verbessert werden.

Wie es in der jüngsten Sicherheitsstrategie der Unionsfraktion an dieser Stelle weiter heißt, diene dem Heimatschutz auch die allgemeine Wehrpflicht. „Sie schafft Voraussetzungen für eine

Waffe finden lassen. „Ich denke, dass dieser Vorschlag ernsthaft zur Entscheidung herangezogen wird, und zwar in allen Koalitionskonstellationen, die nach der nächsten Bundestagswahl denkbar sind“, lautet die Einschätzung von Arnold.

Aus Sicht von FDP-Obfrau Birgit Homburger wird das Thema Wehrpflicht in der Tat bei den nächsten Koalitionsgesprächen eine wichtige Rolle spielen, nach ihrer Überzeugung auch schon im Wahlkampf: „Die jetzige Bundesregierung hat es versäumt, den längst überfälligen Weg zur Freiwilligenarmee einzuschlagen.“

Foto: Picture-Alliance/Ingo Wagner



Foto: Picture-Alliance/Frank Rumpenhorst

„Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Wehrpflichtige bei einem öffentlichen Gelöbnis

aufzubauen. Deshalb sieht Nachtwei das A und O der Bundeswehr künftig in der Ausbildungskomponente. Die Truppe müsse hervorragende Fähigkeiten haben, Ausbildungshilfe leisten zu können.

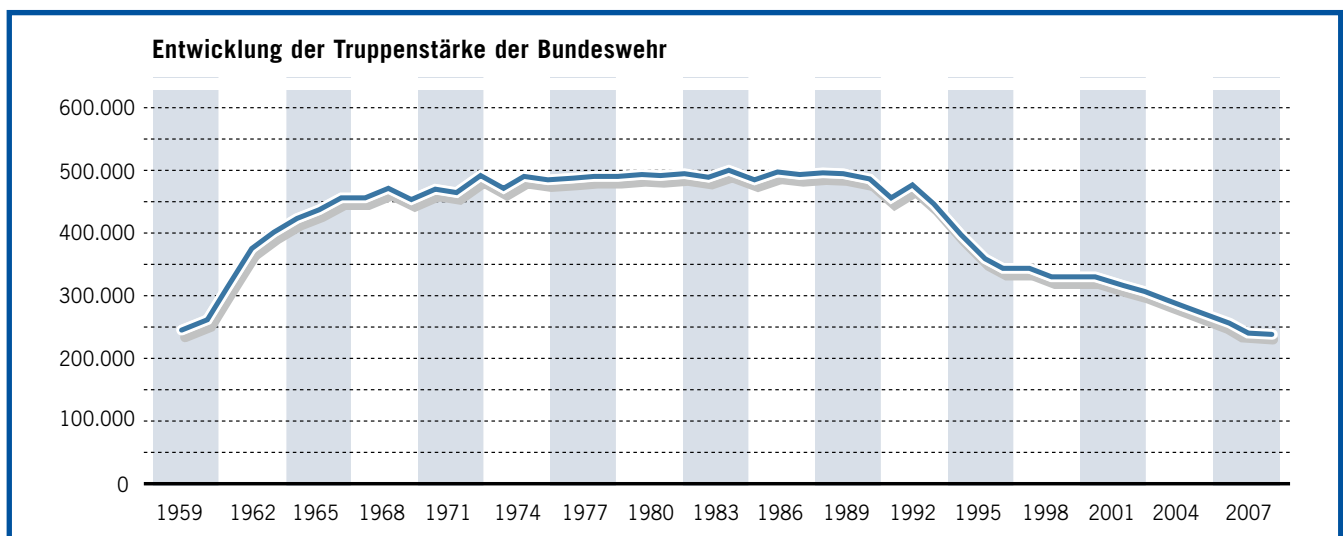
Daneben zeichnet sich auch eine Diskussion über die Strukturen ab, mit denen die Politik die Bundeswehreinsätze begleitet. Die Unionsfraktion will noch einmal an das Parlamentsbeteiligungsgesetz heran und dem Umstand Rechnung tragen, dass die Bundeswehr auch an multinationalen Verbänden beteiligt ist, die einen hohen Bereitschaftsgrad haben

und schnell einsatzfähig sein müssen. Die anderen Fraktionen lehnen das ab und verweisen auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Regierung das Parlament zwingend beteiligen muss, wenn die Einbeziehung deutscher Soldaten in eine bewaffnete Auseinandersetzung „konkret zu erwarten ist“.

Vernetzte Sicherheit

Außerdem verspricht sich die Unionsfraktion durch einen „Nationalen Sicherheitsrat“ ein besseres Zusammenwirken aller Kräfte der inneren und

äußeren Sicherheit. Er solle als „politisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum“ eingerichtet werden. Davon wäre zweifellos auch die Bundeswehr betroffen: erstens im Zusammenhang mit „präventiven, zeitgerichteten und zielgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen“, zum Zweiten beim Einsatz als Heimatschutzkräfte und nicht zuletzt auch im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit. Auch diese Initiative wird von den anderen Fraktionen abgelehnt. Unter anderem scheitert nach ihrer Überzeugung ein solcher „Nationaler Sicherheitsrat“ an



der verfassungsmäßigen Ordnung, die sich etwa vom Aufbau der staatlichen Institutionen der USA (hier gibt es einen Nationalen Sicherheitsrat) deutlich unterscheidet.

Dennoch sieht auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten (SPD), Veränderungsbedarf bei der Begleitung der Parlamentsarmee durch das Parlament. Die Politik lege großen Wert auf die „vernetzte Sicherheit“. Etwa in Afghanistan sei eine immer engere Zusammenarbeit von Verteidigungsministerium, Auswärtigem Amt, Innenministerium und Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nötig. Merten: „Ich will nicht verhehlen, dass es hier an der parlamentarischen Vernetzung ein wenig krank.“ Mit dem Vorschlag, einen eigenen „Einsatzausschuss“ im Bundestag zu etablieren, kann Merten gleichwohl nicht viel anfangen. Schließlich laufe die Arbeit aller anderen Ausschüsse parallel weiter, es gebe daneben nur ein weiteres Gremium, das wiederum von den Beratungen auf benachbarten Feldern nichts mitbekomme. Als Fazit bleibt für Merten, „dass wir im Parlament zu einer stärkeren Verknüpfung kommen müssen“.

Zwei weitere Felder sind für die Fortentwicklung der Bundeswehr ebenfalls wichtig. Zum einen beklagen politische und militärische Führung, dass die Rüstungsindustrie immer wieder hinter den Ansprüchen und Bedürfnissen der Bundeswehr zurückbleibe und selbst lange Lieferfristen nicht einhalte. Was nützt aber das beste Konzept zur schnellen Verlegbarkeit von Truppen im Einsatzland, wenn die dafür nötigen neuen Hubschrauber über alle Maßen auf sich warten lassen? Zum anderen hat das Interesse in der Bevölkerung nach den großen sicherheitspolitischen Debatten der 50er-, 60er- und 80er-Jahre spürbar nachgelassen. Truppe und Politik haben sich vorgenommen, neue Debatten über die künftige Entwicklung von Bundeswehr und deutscher Sicherheitspolitik anzuregen, damit es nicht bei dem vom Bundespräsidenten festgestellten „freundlichen Desinteresse“ bleibt. ■

Die Standpunkte der Fraktionen

Bundeswehreinsatz im Inland

Der Einsatz im Innern ist zurzeit nur im Rahmen von Amtshilfeersuchen, im Katastrophen- und im Verteidigungsfall möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn im Zusammenhang mit dem Abschuss entführter Flugzeuge erneut mit schärfsten Einschränkungen versehen.

CDU/CSU: Die Unionsfraktion hält die Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern über die jetzigen Befugnisse hinaus zur Gefahrenabwehr für erforderlich. Sie hat dabei Gefahrensituationen im Blick, denen allein mit polizeilichen Mitteln nicht wirksam begegnet werden kann. In besonderen Gefährdungslagen muss ein Einsatz der Bundeswehr im Innern mit ihren spezifischen Fähigkeiten bei der Bewältigung terroristischer Gefahren ergänzend zur Länder- und Bundespolizei möglich sein.

SPD: Die SPD-Fraktion lehnt eine Konstruktion ab, in der die Bundeswehr zur Hilfspolizei für die Innenminister von Bund und Ländern mutiert. Die Zuständigkeiten für die innere und äußere Sicherheit müssten weiter getrennt bleiben, da sich Polizei und Bundeswehr hinsichtlich Aufgaben, Ausbildung und Bewaffnung unterscheiden. Die Gewährleistung innerer Sicherheit in einem bürgerlichen Gemeinwesen sei offenkundig etwas anderes als ein militärisches Vorgehen, das unbeherrschbarere und weiträumigere Auswirkungen habe als polizeiliches Vorgehen.

FDP: Die Freien Demokraten halten den friedlichen Verlauf der Fußball-WM für einen weiteren Beleg dafür, dass die Bundeswehr im Innern für den polizeilichen Einsatz überhaupt nicht gebraucht werde. Die Aufgabentrennung von Polizei und Bundeswehr habe sich bewährt. Es sei sinnvoller, auf die Kräfte zu vertrauen und die Polizei notfalls besser auszurüsten, als neue Einsatzfelder für die Bundeswehr zu suchen. Die Kompetenzen für eine Amtshilfe durch die Truppe seien klar; darüber hinausgehende Aufträge mit militärischen Kampfmitteln verstießen gegen die Verfassung.

Die Linke: Aus Sicht der Fraktion Die Linke gibt es für die grundsätzliche Trennung von Polizei und Bundeswehr historische, politische und sachliche Gründe. Daran könne auch eine abstrakte oder konkrete Terrorgefahr nichts ändern. Einsätze wie die von Tornados bei den Protesten gegen den G-8-Gipfel von Heiligendamm seien illegal. Dadurch werde versucht, die Öffentlichkeit an „Olivgrün in der Innenpolitik“ zu gewöhnen. Auch ein Einsatz der Bundeswehr bei großen Unglücksfällen und Naturkatastrophen unterliege den engen Regelungen in der Verfassung zur Amtshilfe. Alles andere verbiete die Verfassung.

Bündnis 90/Die Grünen: Soldaten seien nicht dazu ausgebildet, in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen, betonen die Grünen, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern grundsätzlich ablehnen. Amtshilfe sei nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen denkbar, etwa im Katastrophenfall. Mit dem Einsatz von Spähpanzern beim G-8-Gipfel habe die Bundesregierung einen schleichenden Verfassungsbruch betrieben. Sie begrüßen das Verfassungsgerichtsurteil, wonach der Abschuss eines entführten Flugzeuges verboten ist, wenn unschuldige Menschen an Bord gefährdet werden.

Die Bundeswehr

Personalstruktur

Stärke der Streitkräfte

Die Bundeswehr hat derzeit eine Stärke von rund 245.000 Soldaten. Davon sind 190.000 Berufs- und Zeitsoldaten, 33.600 Grundwehrdienstleistende und 21.400 Freiwillige, die ihren Wehrdienst verlängert haben.

www.bundeswehr-karriere.de

Wehrpflicht

Die Wehrpflicht (Grundwehrdienst) beträgt seit 2002 neun Monate. Rund 33.600 Soldaten leisten 2008 ihren Wehrdienst ab. Grundwehrdienstleis-

tende nehmen nicht an Auslandseinsätzen der Bundeswehr teil. Freiwillige können ihren Wehrdienst bis auf insgesamt 23 Monate verlängern.

Frauen in der Bundeswehr

Seit 2001 stehen Frauen sämtliche Laufbahnen der Bundeswehr offen, zuvor durften sie lediglich im Sanitäts- und Militärmusikdienst tätig werden. 2007 leisteten 14.386 Frauen Dienst, das sind rund 7,6 Prozent der Berufs- und Zeitsoldaten. Den höchsten Frauenanteil hat mit rund 36 Prozent der Sanitätsdienst, im Truppendienst sind es etwa 4 Prozent.



Foto: Picture-Alliance/Jens Büttner

Kommandostruktur

Oberbefehl

In Friedenszeiten hat der Bundesverteidigungsminister den Oberbefehl über die Bundeswehr, im Verteidigungsfall geht dieser auf den Bundeskanzler über. Der Verteidigungsfall tritt dann ein, wenn der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates feststellt, dass die Bundesrepublik mit Waffengewalt angegriffen wird.

www.bundesregierung.de

Militärische Führung

An der Spitze der militärischen Führung steht der Generalinspekteur der Bundeswehr (seit 2002 General Wolfgang Schneiderhan), der zugleich militärischer Berater der Bundesregierung ist. Unterstützt wird er vom Führungsstab der Streitkräfte. Er arbeitet eng mit dem Einsatzführungskommando in Potsdam zusammen, das für die Planung und operative Führung der Auslandseinsätze verantwortlich ist.

www.einsatz.bundeswehr.de

Die Bundeswehr

Mehr Informationen:



www.bundeswehr.de

Etat und Infrastruktur

Budget

Das Verteidigungsbudget für 2008 beträgt rund 29,45 Milliarden Euro. Gegenüber 2007 ist es um etwa eine Milliarde Euro gestiegen. Als Teil des Bundeshaushaltes muss der Verteidigungsetat vom Bundestag verabschiedet werden.

www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2008/html

Bundesministerium der Verteidigung

Der Hauptsitz des Bundesverteidigungsministeriums sowie das Hauptquartier der Bundeswehr befinden sich auf der Hardthöhe in Bonn, zweiter Dienstsitz ist der Bendlerblock in Berlin.

www.bmvg.de

Standorte

Im Zuge der Transformation der Bundeswehr wurde 2004 ein Standortkonzept entwickelt, das eine den Aufgaben entsprechende und kostengünstigere Stationierung anstrebt. Standorte wurden zusammengelegt oder geschlossen. Ab 2010 soll die Bundeswehr über rund 390 Standorte in Deutschland verfügen.

Gliederung der Streitkräfte

Militärische Organisation

Die Bundeswehr besteht aus drei Teilstreitkräften: Heer (rund 100.000 Soldaten), Luftwaffe (rund 44.000) und Marine (rund 19.000). Weiterhin dienen Soldaten in der Streitkräftebasis (rund 54.300), die Dienstleistungen, Aufgaben und Fähigkeiten für alle Teilstreitkräfte bündelt, im Sanitätsdienst (rund 18.500) sowie in anderen Bereichen (rund 9.000).

Zivile Organisation

Dazu zählen Bundeswehrverwaltung, Militärseelsorge und Rechtspflege. Die Verwaltung gliedert sich in territoriale Wehrverwaltung und Rüstungsbereich. Rund 120.000 zivile Mitarbeiter gibt es, bis 2010 soll die Zahl auf rund 75.000 sinken.

Streitkräftekategorien

Eingreifkräfte: schnell einsetzbar, für multinationale Kriseninterventionen hoher Intensität; rund 35.000 Soldaten
Stabilisierungskräfte: friedenserhaltende Stabilisierungsmaßnahmen mittlerer Intensität; rund 70.000 Soldaten
Unterstützungskräfte: hauptsächlich in Ausbildung, Logistik und Verwaltung tätig; rund 147.500 Soldaten

Infotipps

Deutscher Bundestag

Auswärtiger Ausschuss

mit dem Unterausschuss

„Abrüstung, Rüstungskontrolle
und Nichtverbreitung“

www.bundestag.de/ausschuesse/a03

Verteidigungsausschuss

mit dem Unterausschuss „Weiterent-
wicklung der Inneren Führung“

www.bundestag.de/ausschuesse/a12

Parlamentarische Versammlungen

Nato

Parlamentarische Versammlung
der Nordatlantikvertrag-Organisation

www.nato-pa.int

WEU

Parlamentarische Versammlung
der Westeuropäischen Union

www.assembly-weu.org

OSZE

Parlamentarische Versammlung
der Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa

www.oscepa.org

Der Wehrbeauftragte

des Deutschen Bundestages

www.wehrbeauftragter.de

Parlamentarische Vorgänge

Dokumentations- und
Informationssystem

<http://dip21.bundestag.de>

Internationale Beziehungen

mit Informationen über die
Parlamentarischen Versammlungen

www.bundestag.de/internat

Weitere Links

ESVP

Europäische Sicherheits- und
Verteidigungspolitik (Rat der EU)

www.consilium.europa.eu

EDA

Europäische Verteidigungsagentur

www.eda.europa.eu

Bundesamt

für Wehrtechnik und Beschaffung

www.bwb.org

Bundesakademie

für Sicherheitspolitik

www.baks.bundeswehr.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Chefredaktion: Britta Hanke-Giesers
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Koordination: Michael Reinold, Sylvia Bohn
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon: (030) 2 27-3 78 68

Fax: (030) 2 27-3 65 06

E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Wassergasse 3, 10179 Berlin

Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20

Fax: (0 30) 6 50 00-1 92

E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Redaktion: Helmut Spörl (Leiter),
Klemens Vogel, Birgit Lettenbauer

Autor: Gregor Mayntz

Art Direction: Sylvia Müller, Anita Drbohlav

Produktion: René Hanhardt

Onlineproduktion: Sebastian Kreideweiß

Lektorat: Katleen Krause

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Redaktionsschluss: 5. Juni 2008

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es
auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann
kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um
Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

© Deutscher Bundestag, Berlin 2008

Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bun-
destag im Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Ver-
wendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit
von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder
Wahlwerbberbern – insbesondere zum Zwecke der
Wahlwerbung – ist grundsätzlich unzulässig.

Infomaterial bestellen

Infomaterial und Broschüren über die Arbeit des Deutschen Bundestages sowie Flyer, Poster, CD-ROMs und DVDs können Sie per Post oder Telefon bestellen oder bequem per Mausclick auf ihren Bildschirm holen und herunterladen.

Bestellung per Post:

Deutscher Bundestag

– Referat Öffentlichkeitsarbeit –

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bestellung per Telefon oder Fax:

Telefon: (0 30) 2 27-3 20 72 und -3 53 90

Fax: (0 30) 2 27-3 62 00

Bestellung im Internet:

PDF-Download und Onlinebestellung unter

www.bundestag.de/interakt/infomat

Dort finden Sie eine aktuelle Übersicht aller Informationen
(Broschüren, CD-ROMs etc.).



Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das unterscheidet sie von den Streitkräften vieler anderer Länder. Denn der Deutsche Bundestag hat die Schlüsselrolle bei der Kontrolle der Streitkräfte inne, und nur mit der Zustimmung des Parlaments sind bewaffnete Einsätze möglich. Blickpunkt Bundestag Spezial zeigt, wie die Beziehung zwischen Bundestag und Bundeswehr funktioniert. Die Aufgaben des Wehrbeauftragten, das Verfahren bei Auslandseinsätzen, das Prinzip der Inneren Führung und Konzepte für die Zukunft der Bundeswehr werden ausführlich dargestellt – und Blickpunkt Bundestag Spezial hat den Verteidigungsausschuss des Bundestages zu einem Truppenbesuch in den Kosovo begleitet.